

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 7. Januar 1950

Nummer 2

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Der Einbau der Westberliner Wirtschaft in das ERP

Die Hilfsbedürftigkeit Westberlins

Westberlin umfaßt rd. 2,1 Mill. Einwohner; d. s. 4,5 vH der Einwohnerzahl des derzeitigen deutschen Bundesgebietes (Bizone und französische Zone). Seine wirtschaftliche Hilfsbedürftigkeit ist aber sehr viel größer, als aus der Bevölkerungsquote allein hervorgeht. Die Gründe hierfür sind vor allem in folgenden Umständen zu suchen:

a) Die Krieger- und Nachkriegszerstörungen, insbesondere die Demontagen der industriellen Werke, waren in Westberlin erheblich umfangreicher als in Westdeutschland. Rund drei Viertel der früheren industriellen Kapazität waren Ende 1946 zerstört. Es erfolgte zwar seit dieser Zeit ein tatkräftiger Wiederaufbau, jedoch traten durch die fast ein Jahr andauernde Blockade Verzögerungen und Hemmungen ein. Auch nach der Blockade sah sich die Westberliner Wirtschaft besonders großen Schwierigkeiten gegenüber. Da die Wirtschaft durch die Währungsreform finanziell ausgeblutet war — die sogenannten „Uralkonten“ werden in Westberlin erst in diesen Tagen aufgewertet — fehlte es an Kapital, um die vor Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit, insbesondere mit dem Westen, notwendigen Investitionen durchzuführen. Ferner war infolge der Blockade und der Absperrung vom gesamten Hinterland der Anschluß an die nach der Währungsreform in Westdeutschland eingetretene wirtschaftliche Wiederaufwärtsbewegung zunächst verpaßt.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten gelang es der Westberliner Industrie, im Verlauf von drei Jahren ihre Produktionskapazität von einem Viertel des Vorkriegsstandes Ende 1946 auf reichlich die Hälfte des Vorkriegsstandes Ende 1949 zu heben bei allerdings stark zurückbleibenden Absatzmöglichkeiten. Der industrielle Produktionsindex dürfte, hauptsächlich aus Absatzmangel, heute — Anfang 1950 — nur 20 bis 25 vH des Standes von 1936 betragen.

b) Die gesamtwirtschaftliche Struktur Westberlins hat sich infolge des vorläufigen Verlustes der Hauptstadt-

eigenschaft wesentlich verändert. Während vor dem Kriege die Bezüge Berlins an Nahrungsmitteln, industriellen Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren durch die Erlöse sowohl der industriellen Lieferungen nach auswärts als auch vor allem der zentralen Dienstleistungen (Großhandel, Banken, Versicherungen, öffentliche Verwaltung usw.) bezahlt werden konnten, ist die an zweiter Stelle genannte Erwerbsquelle nach dem Kriege nahezu gänzlich weggefallen, insbesondere wurden die zentralen Dienstleistungen für die vier Besatzungsmächte nicht besonders honoriert. Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Berlin seine Hauptstadt-eigenschaft wiedergewinnen wird, muß ein zumindest teilweiser Ausgleich für den Wegfall der zentralen Dienstleistungen in verstärkter industrieller Tätigkeit gesucht werden. Derartige strukturelle Veränderungen der Wirtschaft spielen sich nur verhältnismäßig langsam ein, so daß hieraus für eine Reihe von Jahren eine besondere Hilfsbedürftigkeit Westberlins abzuleiten ist.

Versucht man, den Grad der Hilfsbedürftigkeit Westberlins im Verhältnis zu jener Westdeutschlands in Zahlen auszudrücken, so wird man nicht fehlgehen, wenn man die je Einwohner notwendige Hilfe mit mehrfachem Gewicht einsetzt. Insbesondere muß Westberlin nicht etwa — der Bevölkerung nach — mit nur 4,5 vH der Westdeutschland (Bizone und französische Zone) zukommenden Hilfe am ERP beteiligt werden, sondern mit einem viel höheren Betrag, nämlich mit 12—15 vH.

Der zur wirtschaftlichen Erhaltung Berlins zunächst erforderliche, laufende „verlorene Zuschuß“

Neben den durch das ERP zu finanzierenden Investitionen müssen Westberlin „verlorene Zuschüsse“ gewährt werden, um zu vermeiden, daß große Teile der Bevölkerung nicht nur arbeitslos bleiben, sondern überhaupt in ihrer Lebenshaltung gefährdet werden. Zumindest würde bei Nichtgewährung eines solchen verlorenen Zuschusses der Lebensstandard der Westberliner Bevölkerung noch unter das Niveau der sowjetischen Be-

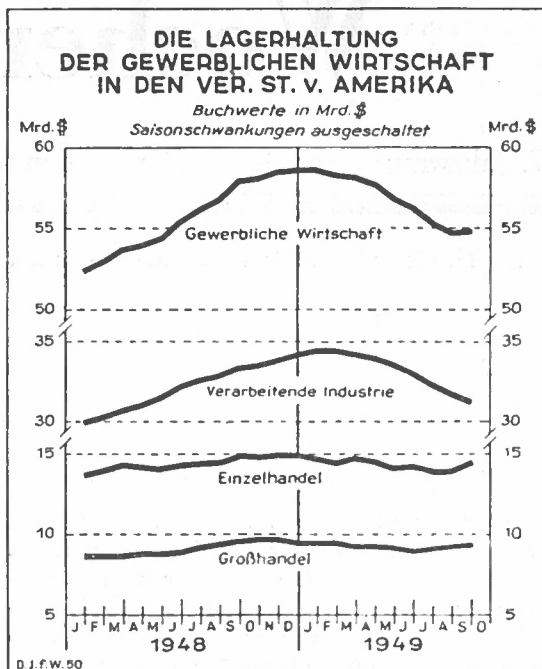
satzungszone absinken. Zur Erhaltung des „volkswirtschaftlichen Existenzminimums“ ist also ein „verlorener Zuschuß“ unerlässlich. Dieser Zuschuß wurde auch in dem mit der Währungsreform beginnenden ersten Marshall-Plan-Jahr (Mitte 1948 bis Mitte 1949) tatsächlich gewährt, und zwar zuletzt¹⁾ in einer Jahreshöhe von rd. 700 Mill. DM aus Mitteln des GARIOA-Fonds und von 480 Mill. DM (monatlich 40 Mill. DM) aus Haushaltsmitteln der Bizone. Dies war möglich, da die Bizone 1948/49 relativ reichlich an der amerikanischen Hilfe beteiligt war. Westdeutschland einschließlich Westberlins erhielt damals 637 Mill. \$ aus der GARIOA-Hilfe²⁾ und 510 Mill. \$ aus dem ERP. Im zweiten Marshall-Plan-Jahr (Mitte 1949 bis Mitte 1950) wird Westdeutschland einschließlich Westberlins nach den bisherigen Verlautbarungen nur 426 Mill. \$ aus der GARIOA-Hilfe, 70 Mill. \$ aus der britischen Hilfe und 333 Mill. \$ aus ERP-Mitteln erhalten (von letzterem Betrage sind die von Westdeutschland an andere ERP-Teilnehmer zu gewährenden „Ziehungsrechte“ noch in Abzug zu bringen).

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß zu Beginn des zweiten Marshall-Plan-Jahres die Abführung eines „verlorenen Zuschusses“ an Westberlin im Umfang des bisher gewährten Betrages auf große Schwierigkeiten stieß, insbesondere, da die Mittel aus dem GARIOA-Fonds, aus dem 60 vH des gesamten Zuschusses an Westberlin bestritten wurden, wie die oben genannten Zahlen zeigen, erheblich verringert worden waren.

Auf der anderen Seite ist durch die Aufhebung der Blockade für die Westberliner Wirtschaft sowie den öffentlichen Haushalt insofern eine Entlastung eingetreten, als gewisse von der Stadt übernommene Blockadekosten (schätzungsweise, auf ein Jahr umgerechnet, 200 Mill. DM) nunmehr in Wegfall kommen. Ferner hat der Umfang der Westberliner Lieferungen an Westdeutschland erheblich zugenommen. Der Wert dieser Lieferungen ist von monatlich rd. 30 Mill. DM in der ersten Hälfte 1949 auf über das Doppelte heraufgegangen. Allerdings ist mit diesen höheren Leistungen auch ein höherer Verbrauch von einzuführenden Rohstoffen und Halbfabrikaten, Kohlen usw. verbunden, so daß per saldo von dieser Seite her allenfalls eine Einsparung an Zuschußbedarf — auf ein Jahr umgerechnet — von 200 bis 300 Mill. DM eingetreten sein mag. Schließlich darf die stark gewachsene Belastung aus der Arbeitslosenhilfe nicht übersehen werden.

Die Westberlin gewährte ERP-Hilfe kam bisher mit 45 Mill. DM für den Ausbau des Kraftwerks West und neuerdings mit 95 Mill. DM für Industrie, Bauwirtschaft und Kleingewerbe zum Zuge, jedoch fallen diese Beträge gegenüber dem

Zum Beitrag auf Seite 9



hohen laufenden Zuschußbedarf — volkswirtschaftlich betrachtet — zunächst nicht allzu sehr ins Gewicht, insbesondere, wenn man beachtet, daß ein großer Teil dieser Hilfe der Einfuhr von Materialien und Investitionsgütern auf der vorgenannten Basis dienen muß. Westberlin hofft — neben der ERP-Hilfe — mit einem monatlichen Zuschuß von 60 Mill. DM auskommen zu können, der aus Bundesmitteln zugesagt ist. Der Zuschuß wird in dem Maße abgebaut werden können, in dem die ERP-Hilfe einschlägt und Produktion und Absatz steigen.

Wieweit diese vom Bund vorläufig bis zum Ende des Etatjahrs (31. März 1950) übernommene Verpflichtung auch weiterhin, also insbesondere im dritten Marshall-Plan-Jahr (Mitte 1950 bis Mitte 1951) durchgehalten werden kann, wird wesentlich davon abhängen, welche Beträge Westdeutschland für diesen Zeitraum aus ERP-Mitteln endgültig zugesprochen werden¹⁾ und wie sich die westdeutsche Wirtschaft auf Grund dieser Hilfe entwickelt, wobei beachtet werden muß, daß diesmal der so wertvolle GARIOA-Zuschuß gänzlich in Wegfall kommen wird.

Die Westberlin gewährte westdeutsche Hilfe von monatlich 60 Mill. DM (jährlich 720 Mill. DM) hat, wie schon erläutert, den Charakter eines verlorenen Zuschusses im Rahmen eines „Finanzausgleichs“ der Länder, der seine Rechtfertigung durch die besondere politische und wirtschaftliche Lage Berlins erhält.

¹⁾ D. h. im ersten Halbjahr 1949.

²⁾ Hierzu kamen noch jährlich 70 Mill. \$ britische Hilfe.

¹⁾ Genannt wurden, einschl. Berlin-Anteil, für 1950/51 580 Mill. \$- für 1951/52 390 Mill. \$.

Lagerhaltung und Konjunkturablauf in USA

Die zentrale Bedeutung der Investitionen für die Konjunkturbewegung ist unbestritten. Da die Verbrauchsausgaben der letzten Konsumenten in der Regel nicht wesentlich von dem anfallenden Einkommen der Verbraucher abweichen, sind die Investitionen das dynamische Element im Konjunkturablauf. Eine Zunahme der Investitionen steigert durch die zusätzlich geschaffenen Lohn- und Gehaltseinkommen das in den Verbrauch fließende Einkommen, während ein Rückgang der Investitionen die für den Verbrauch verfügbaren Einkommen herabdrückt. Diese Zusammenhänge sind allgemein bekannt und anerkannt. Dagegen wird die Tatsache nicht immer genügend beachtet, daß die Investitionen sich aus zwei großen Gruppen zusammensetzen: den langfristigen Investitionen und den Lagerinvestitionen. Die große Bedeutung der Lagerinvestitionen — vor allem für kurzfristige Konjunkturschwankungen — wird häufig aus dem einfachen Grunde übersehen, weil die Lagerbewegung statistisch meist nur unzureichend erfaßt wird. Ihr Einfluß auf den Konjunkturablauf wird im folgenden an Hand der Lagerbewegung in den Vereinigten Staaten während der Jahre 1945 bis 1949 erörtert.

Zwischen Lagerhaltung und Absatz besteht in Zeiten normaler wirtschaftlicher Tätigkeit erfahrungsgemäß ein enger Zusammenhang. Reiches Warenangebot und kurze Liefertermine fördern vorsichtige Lagerdispositionen wie umgekehrt verknapptes Warenangebot und lange Lieferfristen die Lagerbildung beschleunigen. Im Konjunkturaufschwung wirkt infolgedessen die Lageranreicherung konjunkturanregend, während im Konjunkturrückgang die Lagerliquidierung die depressiven Momente verstärkt. Ein starkes spekulatives Element intensiviert die Ausschläge nach beiden Seiten hin. Die Kurzfristigkeit des Lagerumschlags macht die Lagerhaltung außerdem sehr preis- und kostenempfindlich. Schon Erwartungen von Veränderungen der Einstands- und Absatzpreise oder der Kosten der Lagerhaltung können einen Wechsel in den Lagerdispositionen zur Folge haben, der u. U. allein schon einen Umschwung der gesamten konjunkturellen Tendenz bewirken kann.

Da die Lagerbestände insbesondere in Aufschwungszeiten häufig durch kurzfristige Verschuldung — Bankkredite — finanziert werden, beeinflußt auch die Lage am Geldmarkt den Umfang der Lagerhaltung. Bei sonst gleichen Absatz- und Preisbedingungen werden die Läger bei einem angespannten Geldmarkt zwangsläufig auf einem niedrigeren Niveau als bei einer flüssigen Geldmarktlage gehalten.

Darüber hinaus ist die zeitliche Spanne in der Anpassung der Lagerbestände an veränderte Wirtschaftslagen in den einzelnen Wirtschaftsstufen — verarbeitende Industrie, Groß- und Einzelhandel — verschieden und vollzieht sich im Handel in kürzeren Zeiträumen als in der verarbeitenden Industrie. Die verbrauchsnahen Wirtschaftszweige, der Einzel- und Großhandel, reagieren auf erwartete oder tatsächliche Absatzschwankungen durch Auftragsstornierung oder zusätzliche Auftragserteilung und erreichen dadurch eine verhältnismäßig kurzfristige Anpassung ihrer Lagerbestände an die wechselnden Wirtschaftslagen. So ist das Risiko der Lagerhaltung in den letzten Jahren in wachsendem Maße vom Handel auf die Industrie abgewälzt worden. In der verarbeitenden Industrie erfolgt

die Anpassung der Lagerbestände an die Nachfrage — bedingt durch den sich meist über längere Zeiträume erstreckenden Produktionsprozeß — aber sehr viel langsamer. Lager- und Absatzbewegung verlaufen daher in der verarbeitenden Industrie in konjunkturellen Umbruchsphasen häufig in entgegengesetzter Richtung.

Im einzelnen richtet sich die Lagerhaltung der verarbeitenden Industrie nach dem Fertigungsgrad der Waren. Bei steigendem Auftragseingang, d. h. bei allgemeiner Absatzbelebung, wird zwar die Lagerhaltung an Fertigwaren zurückgehen, der Bestand an Erzeugnissen im Produktionsgang und an Grundstoffen jedoch zunehmen; im ganzen gesehen wird die Lagerhaltung der verarbeitenden Industrie dabei oftmals zunächst fallen, um dann ebenfalls die Aufschwungsbewegung mitzumachen. Umgekehrt wird bei Auftragsstornierungen und Absatzstockungen die Lagerhaltung an Fertigwaren noch zunehmen, während beim Einkauf von Grundstoffen vorsichtige Dispositionen schon die rückläufige Lagerbewegung einleiten.

In den zwanziger und dreißiger Jahren lag das Verhältnis zwischen Lagerhaltung und monatlichem Absatz in der verarbeitenden Industrie der Vereinigten Staaten im Durchschnitt bei 2,4 : 1; in den vierziger Jahren sank diese Quote auf 1,7 : 1. In ähnlicher Weise hat sich auch beim Groß- und Einzelhandel das Verhältnis zwischen Lagerbestand und Absatz verschoben. Dieser Vorgang deutet einen grundlegenden Wandel in den Gewohnheiten der Lagerhaltung an, da offenbar versucht wird, durch intensive Rationalisierung eine Verringerung der für den laufenden Geschäftsbetrieb notwendigen Läger zu erzielen. Diese Entwicklung zu sparsamerer Lagerhaltung wurde jedoch, da sich die Lagerhaltung im großen ganzen parallel zu dem gesamten Umsatzvolumen bewegt, durch den starken konjunkturellen Aufschwung überlagert.

Das rasche Anwachsen der Lagerbestände in den USA nach 1945 hat die Bedeutung der Lagerbildung für die konjunkturelle Entwicklung wiederum klar herausgestellt. Der Buchwert der Lagerbestände der amerikanischen gewerblichen

Wirtschaft (business inventories) erreichte Ende 1948 mit einem bisher nicht bekannten Höchststand von 58,6 Mrd. \$ fast das Dreifache des Standes von 1939. Selbst bei Ausschaltung der Preissteigerung war noch eine mengenmäßige Zunahme um rd. 50 vH zu verzeichnen. Um eine Vorstellung von der Größenordnung zu geben, sei daran erinnert, daß das amerikanische Sozialprodukt des Jahres 1948 auf 262,4 Mrd. \$ beziffert wird und daß die gesamten Aufwendungen der gewerblichen Wirtschaft für Neuinvestitionen einen Wert von 19,2 Mrd. \$ erreichten.

Der Buchwert der Lagerbestände in der verarbeitenden Industrie, im Groß- und Einzelhandel, erhöhte sich im Jahr 1947 um 9 Mrd. \$, 1948 um 6,9 Mrd. \$. In den ersten acht Monaten von 1949 trat an die Stelle der Lageranreicherung eine Liquidierung der Lagerbestände. Hieraus kann bei der relativen Stabilität der langfristigen Investitionen in diesem Zeitraum ohne weiteres gefolgert werden, daß der Rückgang der Gesamtnachfrage seit der Jahreswende im wesentlichen auf die Reduzierung der Käufe für Zwecke der Lagerhaltung zurückzuführen ist. Der absolute Rückgang der Lagerbestände von rd. 58,6 Mrd. \$ im Dezember 1948 auf 54,8 Mrd. \$ im August 1949 veranschaulicht deutlich, wie die Tendenz zur Lagerauffüllung dem Bestreben, Lagerbestände zu liquidieren, Platz gemacht hat. Dieser Umschwung in der gesamten Lagerhaltung hat den laufenden Absatz der Industrie stark beeinträchtigt, das Produktionsvolumen gesenkt und so den Umfang der gesamtwirtschaftlichen Tätigkeit leicht gedrosselt.

Unsicherheit hinsichtlich der Preis- und Absatzgestaltung und nicht etwa eine tatsächliche Absatzstockung veranlaßte zuerst den Einzelhandel, und zwar schon im Herbst 1948, zu vorsichtigen Dispositionen, die im ersten Quartal 1949 zu einem Umschwung in der Lagerhaltung des Einzelhandels führten und die Bestände von ihrem Höchststand im November/Dezember 1948 von 15 Mrd. \$ auf 13,9 Mrd. \$ im August senkten. Die Lagerbestände des Großhandels gingen ebenfalls zurück. Die gesamten Lagerbestände der gewerblichen Wirtschaft hingegen blieben bis in den März 1949 hinein fast unverändert, da die industrielle Produktion sich erst ab Februar 1949 auf den verminderten Auftrags- eingang einzustellen begann, der Rückgang des Industrieabsatzes jedoch zwangsläufig zunächst noch mit einer Zunahme der Lagerbestände bei der verarbeitenden Industrie verbunden war. Der im Frühjahr einsetzende Produktionsrückgang, der Mitte des Jahres etwa 17 vH erreicht hatte, reduzierte die Lagerbestände der verarbeitenden Industrie von dem Höchststand um 3,2 auf 31,2 Mrd. \$ im September dieses Jahres.

Die Lagerhaltung der gewerblichen Wirtschaft in USA

Buchwerte; in Mrd. \$

Saisonschwankungen ausgeschaltet

Ende	Gewerbliche Wirtschaft, insgesamt	Verarbeitende Industrie	Großhandel	Einzelhandel
1939	20,2	11,5	3,2	5,5
1940	22,1	12,8	3,3	6,0
1941	28,8	17,0	4,2	7,6
1942	31,1	19,3	3,9	7,9
1943	31,2	20,1	3,7	7,4
1944	30,9	19,5	4,0	7,4
1945	30,5	18,4	4,6	7,5
1946	42,7	24,8	6,7	11,2
1947	51,7	29,8	8,7	13,2
1948	58,6	34,1	9,5	15,0
1949 Jan.	58,6	34,4	9,5	14,7
Feb.	58,3	34,4	9,5	14,4
März	58,2	34,2	9,3	14,7
April	57,8	34,0	9,3	14,5
Mai	56,9	33,6	9,2	14,1
Juni	56,4	33,1	9,0	14,2
Juli	55,4	32,4	9,1	13,9
Aug.	54,8	31,6	9,2	13,9
Sept.	54,9	31,2	9,3	14,4

Quelle: Survey of Current Business, Oktober 1949.

Die Entwicklung der Verbraucherausgaben und der Einzelhandelsumsätze unterstreicht — zusammen mit der Preisbewegung — das Bild eines vorwiegend auf die veränderte Lagerhaltung zurückgehenden Konjunkturrückschlages. Da partielle Einkommensrückgänge in der Wirtschaft (vor allem in der Industrie) in ihrer Wirkung auf die Verbraucherausgaben zum großen Teil durch Rückgriff auf reichliche Einkommensrücklagen, aber auch durch die stärker in Gang gekommene Konsumfinanzierung ausgeglichen wurden, weisen die gesamten Verbraucherausgaben Mitte 1949 mit jährlich 178,2 Mrd. \$ verglichen mit 1948 etwa die gleiche Höhe auf, während die Einzelhandelsumsätze knapp unter dem Durchschnitt von 1948 liegen. Berücksichtigt man den Rückgang der Einzelhandelspreise gegenüber dem Höchststand von 1948 um 5 vH, so ergibt sich mengenmäßig sogar eine Zunahme der Einzelhandelsumsätze. Im Bereich der Rohstoffe und der Halbwaren ist der um die Jahresmitte abgefangene Preisrückgang mit 11 bzw. 9 vH, jeweils auf den Höchststand von 1948 bezogen, wie nach der Lagerbewegung zu erwarten war, am größten.

Das Verhältnis von Lagerbeständen und Absatz lag im Herbst 1949 bei der verarbeitenden Industrie und dem Großhandel nur unwesentlich über dem Vorjahrsstand, während es bei dem Einzelhandel leicht darunter lag. Die im Sommer eingetretene gesamtwirtschaftliche Erholung, die sich in einer Steigerung des Auftragseingangs der verarbeitenden Industrie niederschlug, dürfte, wie die Angaben über die Lagerhaltung bei Groß- und Einzelhandel für den Monat September erkennen lassen, im wesentlichen auf die erforderlich gewordene Lagerauffüllung zurückzuführen sein.